

Sage-G. u. h. S., die wiederum den Fachverbänden die gemeinsamen Waren angibt und es in der Hauptsache ihnen überläßt, Offerten einzuholen und die Aufträge zu verteilen. Die Gesellschaft sieht auf dem Standpunkt, daß auf diese Weise die Interessen der Allgemeinheit am besten gewahrt werden und macht allerdings geltend, daß in ihren Fachverbänden Industrie, Großhandel und Export vereinigt seien und daß sie niemand bevorzugen und auch von anderer Seite jede Offerte in Erwägung ziehe, die ihr vorteilhaft erscheine. Sie bezeichnet es im übrigen als eine ihrer Aufgaben, die Firmen, die schon früher aus der Ukraine geliefert haben, wieder mit ihren alten Kunden in Verbindung zu bringen, glaubt aber auf die Einkassierung alter Forderungen vorläufig keine Hoffnung machen zu können. Sie teilt auch den Standpunkt der Regierung, daß die Zulassung des freien Handels nach der Ukraine zunächst noch unmöglich sei. Inzwischen unterscheidet sich diese, nur aus Vertretern des Wirtschaftslebens zusammengesetzte Gesellschaft insofern von reinen Anstalten dieser Art, als sie sich selbst bloß als ein notwendiges Uebel zu betrachten scheint und den Standpunkt vertritt, daß sie nicht einen Tag länger bestehen bleiben will, als die Notwendigkeit dies gebietet. Auch ist sie übrigens bereits daran gegangen, insofern den ersten Uebergang zum freien Handel anzubahnen, als sie für Artikel zur Ausfuhr nach der Ukraine, die dort nicht monopolisiert worden sind — es kommen dabei allerdings nur große Objekte in Frage — großen Firmen die Möglichkeit des direkten Verkehrs mit der Kaufkraft geben will. Darüber hinaus wird die Abwicklung geschäftlicher Transaktionen in der Ukraine und dem Mangel jeder Rechtsgrundlage für die Einziehung von Forderungen es nicht anmöglich sei, ein Heer von Agenten hinauszuschicken zu lassen. Letzten Endes müssen aber alle Geschäfte wieder durch die Hände der Ausfuhrgesellschaft gehen, denn sie legt zum Abschluß den Zuschlag fest, der zurzeit etwa das Doppelte des Preises beträgt und der dem Reich zugute kommt. Bei Wiederkehr normaler Verhältnisse will man diese Zuschläge abbauen, um sie schließlich ganz fallen zu lassen, womit dann der freie Handel wieder in seine Rechte treten würde. Vorläufig ist es freilich noch nicht soweit, und es ist sogar die Frage aufgeworfen worden, ob nicht der Verkehr nach Ostpreußen und andern Ländern, wie z. B. Rumänien und Griechenland, in ähnlicher Weise gebunden werden solle.

Was bisher an Ausfuhrgeschäften nach der Ukraine gefährt worden ist, ist ziemlich erheblich. Auch die Aussichten für die weitere Entwicklung können als günstig angesehen werden. Zurzeit sind für etwa 100 Millionen Rubel Waren bereits auszuführen. Bis Mitte Juni waren 300 Waggons abgerollt. Die weiteren Aufträge, die noch laufen und zum Teil auch schon ausgeführt und abgerollt sind, füllen annähernd tausend Waggons. Es entfallen davon etwa zwei Drittel auf landwirtschaftliche Maschinen, der Rest auf verschiedene Waren, hauptsächlich Handwerkszeuge und allerhand Eisenwaren. Ueber die Zulage, die im Interesse des Reiches auf die einzelnen Artikel verschlagen werden, hat man sich mit der ukrainischen Regierung verständigt. Man schätzt den Wert der jetzt ausgeführten Waggons auf etwa 30 000 Mark Einkaufspreis und etwa 75 000 Mark Verkaufspreis im Durchschnitt für den einzelnen Wagon. Die Befellungen gehen flott weiter und von laudensfähiger Seite wird damit gerechnet, daß sich daraus ein Milliardengeschäft entwickeln kann.

Politische Nachrichten

Rühlmann und Esch-Lohringen. Die wir in der gestrigen Abendausgabe mitteilten, ist in der „Deutschen Tageszeitung“ erzählt worden, nach Angaben eines deutsch-österreichischen Offiziers habe der Staatssekretär Rühlmann im englischen Kreise offen ausgesprochen, Esch-Lohringen sei und bleibe das beste Kompensationsobjekt. Die „Nord. Allg. Ztg.“ erklärt jetzt, daß diese Behauptung frei erfunden sei.

Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie. Die Christlich-sozialen Vertrauensmännerversammlung zu Minden-Kapensberg sprach sich im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand der Partei für ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten in dem kommenden Wahlkampf um das gleiche Wahlrecht aus.

Deutsche Ausstellung „Spariane Bauwerke“. Unter Förderung des Kriegsamtes und des Reichswirtschaftsamtes veranstaltet der Reichsverband zur Förderung des Sparwesens, E. V. (Spar-Verband) vom 2. November bis 8. Dezember d. J. eine Ausstellung, auf der die neuesten Bauteile (und die darauf beruhenden Konstruktionen und Bauelemente) vorzustellen werden sollen, mit denen die beste Wirtschaft in der Uebergangszeit zu erzielen ist. Die Vorschläge sollen von der Industrie selbst ausgehen.

Der ukrainische Ministerrat vom 8. Juli nahm laut Kiower Zeitungen ein Gesetz an, welches die nationalen polnischen, russischen und litauischen Ministerien abschafft. Nach Aufhebung der nationalen Ministerien werden die Angelegenheiten des kulturellen Tätigkeitsgebietes dem Ministerium für Volksbildung, alle anderen Angelegenheiten dem Ministerium des Innern überwiesen.

Bei der Ergänzungswahl in dem Londoner Wahlkreis Dr. Finsbury wurde der Koalitionskandidat mit 1158 Stimmen gegen die beiden anderen Kandidaten Spencer und Walker gewählt. Hauptmann Spencer, der merkwürdige Freund Denbison Willings, über dessen Auffassung zur Wahl wir bereits berichteten, erhielt 576, Weißer 199 Stimmen.

Der Fall Henkel

Berlin, 17. Juli. (Drabhtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Vor dem Oberverwaltungsgericht begann heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Ebsen die Verhandlung in zweiter Instanz gegen den Leiter der Jenaer Frauenklinik Professor Henkel. Eine Anzahl Professoren der Jenaer Universität wohnte der Verhandlung bei. Für heute und morgen ist auch eine Reihe von Zeugen, vor allem mehrere Ärzte, neu geladen. Auf Befragen des Präsidenten erklärte Professor Henkel, daß ihm in keiner Weise vor Beginn des Dienstvertrages von irgendeiner Seite zu verstehen gegeben worden wäre, daß man beabsichtigt sei, mit seiner Dienstleistung nicht zufrieden zu sein. Darauf wird das Urteil der ersten Instanz verlesen. Der Beschuldigte hat durchaus bestritten, sich pflichtwidrig verhalten zu haben. Eine wirkliche Ordnungsstrafe konnte nicht verhängt werden, weil das unter ihm an der Frauenklinik eingerichtete System beschleunigt werden mußte, und er selbst dort unhaltbar sei. Das Gericht schließt sich in der Frage der Ausdehnung der Berufung dem Standpunkt der Verteidigung an. Darauf trägt Berichterstatter Oberlandesgerichtsrat Kauch aus dem Gutachten des Ob. Medizinalrates Dr. C. Baum-Berlin vor. Maßgebend für Art und Ausdehnung des operativen Eingriffs darf nur das Wohl des Kranken sein. Befreiung von der Frucht ist wissenschaftlich und strafrechtlich ohne weiteres erlaubt, wenn durch den Fortbestand der Schwangerschaft das mütterliche Leben unmittelbar in Gefahr ist. Die Beurteilung der hier angeführten einzelnen Fälle ist schwierig. Die Frage, ob Professor Henkel Schwangerschaft unterbrochen und andere Operationen ohne genügende wissenschaftliche Notwendigkeit vorgenommen habe, wird nach eingehender Besprechung der einzelnen Fälle dahin beantwortet, daß, mit drei vereinzelten und nicht ganz aufgeklärten Ausnahmen, in sämtlichen klinischen Fällen den Anforderungen Genüge gegeben ist. Zu der Frage, ob der Beschuldigte künftiges Leben nicht genügend gesichert habe, wird in dem vielbesprochenen Falle Frenzel ausgesprochen, daß der Operateur mit der Mutter zu sehr beschäftigt gewesen sei. Die dritte Frage, ob Professor Henkel in vier bestimmten Fällen die Interessen der Patientinnen vernachlässigt bzw. Schaden

nachlässig behandelt, wird in zwei Fällen verneint. Die vierte Frage, ob sich der Beschuldigte überhaupt in ärztlich-ethischer Beziehung unzulässig verhalten habe, wurde nach weiterer eingehender Untersuchung gleichfalls verneint.

In der zusammenfassenden Schlußbetrachtung wird Professor Henkel als ein Anhänger jener Richtung in der Gynäkologie bezeichnet, die alles Heil von der Operation erwartet. Professor Henkel hat im Vertrauen auf seine Kunst auch noch in ausnahmlossten Fällen operiert. Er hat dadurch vielen Frauen die Gesundheit wiedergegeben, aber natürlich auch Mißerfolge erlebt, die jetzt gegen ihn zeugen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen äußerte sich Professor Henkel zur Frage der Genauigkeit der Krankengeschichten. Es soll nun zur Besprechung der Einzelfragen übergegangen werden. Der Vorsitzende hebt hervor, daß hierbei viele Einzelheiten aus dem Privatleben der Patientinnen zur Sprache kommen müssen. In erster Instanz war zwar die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen. Das Oberverwaltungsgericht ist aber dadurch in seiner Entscheidung nicht gebunden. Der Oberstaatsanwalt meint, er habe auch keine Veranlassung, die Öffentlichkeit auszuschließen. Trotzdem beschließt das Gericht nach kurzer Debatte, über die Einzelfälle in tatsächlicher Beziehung nicht öffentlich zu verhandeln. Aus einem besonderen Grunde sieht sich das Gericht auch gezwungen, nicht, wie sonst üblich, die Vertreter der Presse zuzulassen. Nur den drei Vertretern der Universität wird die Anwesenheit gestattet. Morgen Weiterbericht.

Hinze über sein Wirken in Norwegen

Christiania, 17. Juli. „Morgenbladet“ veröffentlicht eine Unterredung, die Erzeleng v. Hinze einem Vertreter des Walfasses bewilligte. Nachdem es der Gesandte abgelehnt hatte, sich über die Tagesfragen und die innere Politik Deutschlands zu äußern, sagte er über sein Wirken in Norwegen, seine Bestrebungen seien darauf ausgegangen, einen Modus vivendi zwischen Deutschland und Norwegen während des Krieges zu schaffen. Er hoffe, daß seine Bestrebungen in dieser Hinsicht durch gegenseitiges Verständnis für die Lage, die Interessen und die Schwierigkeiten beider Länder sowie durch beiderseitiges Entgegenkommen gelangen seien, so daß der geschaffene Modus vivendi dieser Uebergangszeit nach Kriegsende in dasselbe gute nachbarliche Verhältnis wieder übergehen möchte, wie es vor dem Kriege zwischen den beiden Ländern herrschte.

Bund deutsch-nationaler Studenten

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In der Sonntags-Ausgabe des „Leipziger Tageblattes“ vom 7. Juli 1918 unter obiger Ueberschrift ein Eingeladener, das sich mit bestigen Angriffen gegen den Bund wendet. Es wird dem Bunde selbst geringeres vorgeworfen, als nationalistische Ueberstimmung, Unklarheit, Verbreitung irreführender Nachrichten, Verleumdung und Verhöhnung. Zum Teil werden dieselben Vorwürfe, die in der Verfassung gegen den Bund erhoben wurden, trotz der mehrfachen Nachbesserungen in der Verfassung wiederholt, oft sogar mit denselben Worten. Die von uns immer wieder betonte im weitesten Sinne nationale Grundlage des Bundes vermindert der Herr Eingeladener einfach in eine nationalistische, um sich dadurch eine Möglichkeit zu seinen Angriffen zu schaffen. Wenn wir darauf hinweisen, daß als zweiter Diskussionsredner ein Herr sprach, der sich offen als antinational bekannte, von dem Standpunkt aus natürlich notwendig die nationale Grundlage des Bundes angriff und außerdem direkt zur Gründung eines Gegenbundes auf internationaler Grundlage aufforderte, so dürfen wir es wohl dem Urteil der objektiven Leser überlassen, zu entscheiden, von welcher Seite irreführende Nachrichten über den Gegner verbreitet werden. — Endlich sei in Erwiderung auf die obigen Angriffe noch einmal darauf hingewiesen, daß der Bund durchaus nicht einseitig nationalistisch ist, sondern den Begriff „national“ im weitest möglichen Sinne faßt, nämlich gleich „international“. — Der Bund als solcher legt sich politisch noch keine Seite hin, er kann keine weitere Entscheidung als der Ausschluß der Internationalisten. Und man sollte doch annehmen, daß es niemandem schwer fällt, die Grenze zwischen International und Nationalisten zu ziehen. — Es ist weiterhin dem Bund durchaus nicht ein solches Verhalten gegenüber seinen Gegnern zu tun. Er läßt den Andersdenkenden die Möglichkeit zukommen, verlangt aber natürlich das Beste für sich, und verlangt weiter, daß er bei seiner praktischen Arbeit in seinem Kreise nicht durch die Gegner gehindert wird, wie er es nicht bei ihrer Arbeit in ihren Kreisen ist. Wenn sich die Gegner in Zukunft daran halten wollen, dann braucht keine Erklärung und Uneinigkeit“ in die Leipziger Studentenzeitung einzugehen.

Ob. H. Landolt,
1. Vorsitzender der Leipziger Gruppe des Bundes deutsch-nationaler Studenten.

Ohne uns in diesen Streit der studentischen Meinungen einzumischen, möchten wir nur einige Worte zu dem Thema: „Was ist national?“ sagen. Wenn man den Begriff „national“ von außen, d. h. durch seinen Gegensatz, bestimmen will, wie es in dieser Zuschrift versucht wird, so kann man unseres Erachtens nicht sagen, daß „national“ gleich „international“ sei. Denn der Gegensatz zu national ist international oder antinational; das Internationale dagegen ist in gewissem Grade mit dem Nationalen verträglich. Es gibt allerlei wertvolle Mischungen beider, namentlich auf kulturellem Gebiete. Mancher der internationalen Regierungen ist sich leben läßt, kann dabei zugleich kräftiger national empfunden als jemand, der reinlich nach beiden Seiten gleichgültig ist. Es braucht keineswegs jeder, der nicht international gefonnen ist, deshalb schon national zu sein, sondern er kann unbestimmt, am besten noch nach beiden Richtungen hin sein. Es scheint uns eine zu negative Bestimmung des Nationalen zu sein, wenn man es einfach dadurch bestimmen will, daß es das Internationale ausschließt. Wenn sich in jener Verlesung ein Diskussionsredner als antinational bekannte, so hat er natürlich in einem nationalen Sinne keinen Platz. Ein Bund aber, der jeden ausschließen will, der irgend- wie neben einem starken nationalen Gefühl noch internationale Werte oder Bestrebungen gelten läßt, würde uns national nicht erscheinen. Jedenfalls glauben wir, daß es durchaus nicht so leicht ist, die Grenze zwischen national und international festzusetzen zu ziehen. — Aber diese Anmerkungen zu der obigen Erklärung richten sich nicht gegen den dort vertretenen Studentenbund, weil wir dessen Verlesung nicht beigegeben haben und deshalb nicht darüber urteilen. Die Schriftleitung des „L. T.“

Kunst und Wissenschaft

Das russische Waldtheater „Gedank“ wird, wie man uns aus Oera schreibt, trotz der verschiedenen, in der Gegenwart eventuell dagegen sprechenden Bedenken, im Vertrauen auf die künstlerische wie materielle Durchdringungskraft zur Lausche werden. Das künstlerische Unternehmen soll ganz im Zeichen der Fürsorge für im Kriege Verwundete und deren Hinterbliebene stehen. Durch Aufnahme von Heimatspielen und vom Geiste der Vaterlandsiebe getragene Werke sollen Mittel aufgebracht werden, die ungeschmälert allen Feldgegnen, ganz gleich, bei welchem Truppenteile sie gehemmt, geliebt und gelitten haben, sowie deren Witwen und Waisen zugute kommen. In erster Reihe sollen die Kriegsblinde bedacht werden. Das Waldtheater wird in landschaftlich hervorragender Gegend an der Müßiger Staatsstraße zu liegen kommen, wird Raum für 1200 Personen bieten, und zwar sind durchweg Sitzplätze in Aussicht genommen. Zunächst wird ein Behelfsbau und später ein massives Gebäude errichtet werden. Die Aufführung untersteht dem Hofbaurat Koberlein in Oera. Man hofft, demnächst schon mit den Aufführungen beginnen zu können.

Wohnungsfrage. Von der Universität Freiburg i. B. wird uns berichtet: Da ohne Zweifel mit der beginnenden Demobilisierung auch in unserer Stadt sich Mangel an Studentenwohnungen einstellen wird, hat sich bereits eine Kommission gebildet, bestehend aus Universitäts-Professoren, Studierenden und Vertretern der Stadtverwaltung, um entstehenden Wohnungskalamitäten vorzubeugen. Am 18. Juli wird Dr. Sonnenschein aus München-Obbach, eine bekannte Autorität auf diesem Gebiete, die Erörterungen mit einem Vortrag über „Das

Seidler über Polen und Galizien

Wien, 17. Juli. (Drabhtbericht.) In seiner gestrigen Rede im Herrenhaus erklärte Ministerpräsident v. Seidler: Dieser Krieg hat unter anderen gewaltigen Problemen auch das polnische auf die Tagesordnung gestellt. Es bedarf gewissermaßen die Schicksale des polnischen Volkes, die aber kein künftiges Los entscheiden. Ein Teil dieser Entscheidung, die Befreiung vom russischen Joch, ist glücklicherweise erreicht; es handelt sich aber noch um ihren positiven Teil, um die Grundlegung der künftigen Existenzbedingungen des polnischen Volkes in einer Weise, welche den eigenen Bedürfnissen ebenso gerecht wird, wie denen Oesterreich-Ungarns bzw. der verbündeten Mächte, die dieses Werk vollbracht haben, und den sonst in Betracht kommenden wichtigen Interessen. Ich bitte, überzeugt zu sein, daß die Regierung, soweit es in ihren Wirkungskreis fällt, alles aufbietet, um eine solche allerseits befriedigende Lösung zu fördern. Sie wird dies mit um so besserem Erfolge tun können, je mehr die Oesterreichischen Polen durch politische Orientierung dazu beitragen. Aber nicht nur dem großen polnischen Problem, auch dem kleineren, der Wieder- aufrichtung Galiziens, steht sie mit der warmsten Sympathie gegenüber. Sie bietet alles auf, um die in dieser Richtung bereits die Verhältnisse begünstigenden Schwierigkeiten so rasch als möglich zu überwinden. Eine besonders brennende Frage, die der Kriegswirtschaft, steht in dieser Beziehung obenan. Hier handelt es sich um einen durch allgemeine Rechtsgrundsätze und durch ein positives Gesetz sanktionierten Anspruch, für dessen Verwirklichung aber die Voraussetzungen noch unzulänglich sind.

Antwort der Parteiführer auf Seidlers Reichsratsrede

Der tschechische Sozialdemokrat Tuzar bemerkte, die Ausführungen des Ministerpräsidenten, der sich heute als deutsch-nationaler Ministerpräsident vorgestellt habe, seien nur geeignet, neue nationale Kämpfe hervorzurufen. Der Redner bezeichnete die Verleumdungen der kaiserlichen Familie als Rednertracht.

Der Deutsch-Nationale Waldner betonte: Der Ministerpräsident ist durch das Verhalten der slavischen Parteien zum deutschen Ministerpräsidenten geworden, als den er sich heute in Sätzen bekannt hat, wie sie noch nie aus dem Munde eines Oesterreichischen Ministerpräsidenten gekommen sind. Da wir die Ueberzeugung haben, daß in seiner Persönlichkeit und in seinem Charakter eine Gewähr für die Befreiung des letzten Rufes liegt, halten wir zu ihm. In Besprechung der geplanten Verfassungsreform erklärt der Redner, jede Staatsreform werde die Gewähr in sich tragen müssen, daß das deutsch-Oesterreichische Bündnis, welches ein Element des Friedens geworden sei, emigen Bestand erhalte.

Der Christlich-Soziale Setzabek eröffnet die deutsch-böhmischen Verhandlungen.

Der deutsche Sozialdemokrat Eichenhorn besprach das Verhältnis der Monarchie zu Deutschland, wobei er das Ueberwuchern des anationalistischen Fanatismus in Deutschland bedauerte. Die Sozialdemokraten verlangten von der Regierung, daß sie ihren ganzen Einfluß bei der deutschen Reichsleitung dagegen geltend mache. Bezüglich der austro-polnischen Lösung erklärte der Redner, daß die Sozialdemokraten gegen jede Lösung seien, die eine Gefahr künftiger Konflikte im Lande hervorrufen könne. Die austro-polnische Lösung berge eine solche Gefahr in sich. Die Sozialdemokraten seien für die Einberufung eines polnischen demokratischen Parlaments. Der Redner vertrat die

Notwendigkeit einer Umwandlung Oesterreichs

in einen Bundesstaat freier Nationen. Die Sozialdemokraten würden gegen das Budget stimmen. Nächste Sitzung morgen. Eingegangen ist ein tschechischer Antrag betr. Anklage gegen den Minister wegen Schloßes der Arbeitsverordnungen.

Die Chinadeutschen

Berlin, 17. Juli. (Drabhtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Wie aus den Meldungen über den Abbruch der deutsch-englischen Verhandlungen über Gefangenen austausch ersichtlich ist, hat der deutsche Vertreter gefordert, daß die Deutschen in China nicht gegen ihren Willen nach anderen Ländern abtransportiert werden. Diese Forderung ist beifolgendermaßen die vor einigen Wochen von uns veröffentlichte Mitteilung, daß der von den europäischen Mächten, vor allem nach England verbannte Abtransport der Chinadeutschen nach Australien nach in letzter Stunde verhindert ist, und zwar infolge der Androhung von Vergeltungsmaßnahmen, vor allem infolge des Zusammenhanges dieser Angelegenheit mit den Saager Verhandlungen, an denen England ein sehr großes Interesse hatte und die ja auch glücklich zum Abschluß gebracht worden sind. Von dem Schicksal der Ausweisung und zwangsweise Befreiung nach einem anderen Erdteil waren übrigens nicht nur die Deutschen in China bedroht, sondern auch die Oesterreicher und Ungarn, etwa 7000 bis 10 000 Personen, die im Gesellschaftsleben des Reiches der Mitte eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Sach- war, wie in der Reichsversammlung vom 15. Juni Ministerialdirektor Dr. Krieger auf Grund einer Meldung des holländischen Gesandten in Peking mitteilte, daß die Gefahr vorläufig abgemindert sei, schon jetzt gehen gemeldet. Man betrie im Bestreben der Zustimmung Japans betreffend die Stellung des Schiffsraumes ein Komitee zuzubilden, und der Schriftführer des Komitees Dr. Tuzar war gerade im Begriff, nach Australien abzureisen, um dort die Empfangsvorbereitungen zu treffen, die man für den Augenblick wenigstens überflüssig geworden sind. Ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Werten, die dabei auf dem Spiele stehen, darf man aus rein menschlichem Interesse für die von der Ausweisung Bedrohten hoffen, daß mit dem Abbruch der deutsch-englischen Verhandlungen auch in dieser Angelegenheit endlich das letzte Wort gesprochen worden ist.

Jücker aus der Ukraine. Durch den Erwerb von Jücker aus der Ukraine wird es möglich, die Säbighkeitsindustrie in dem bisherigen Umfang weiter zu betreiben und die Menge des Einmachens von den vorjährigen 600 000 auf 800 000 Doppelzentner zu erhöhen und außerdem eine Menge von 150 000 Doppelzentnern an Bundesverordnungen für besonders Zwecke zuzustellen. Der Jücker wird jedoch nicht in den freien Verkehr gebracht, weil ihn die zentralen Jückerwirtschaft nicht erheben kann. Die Aufbringung der sehr hohen Kosten der Ukrainejücker soll hauptsächlich von der Säbighkeitsindustrie durch erhöhte Zuschläge erhoben werden.

Studentische Wohnungsverhältnisse. Es darf gehofft werden, daß es bei der Zusammenberufung aller berufenen Organe gelingen wird, auch einer außergewöhnlich großen Zahl Studierender nach Friedensschluß gesundheitslich einwandfreie, bezugsfähige und nicht zu teure Wohnungen zu verschaffen.

Dr. Helmut Endemann: „Kompensiert und Schattenseiten.“ - Vita. Deutsches Verlagshaus, Berlin-Charlottenburg, 70 S.

In seinem Vorwort legt sich der Verfasser mit den Wirkungen anheimlicher Bildung auf das Theater auseinander und verurteilt sie gegen Angriffe. Er ist davon überzeugt, daß bei vernünftiger Anwendung seiner Kenntnisse gerade der akademisch gebildete Regisseur dem Schauspielers fruchtbarere Werte vermitteln kann, ein entsprechendes Vertrauensverhältnis vorausgesetzt. In seinen Ausführungen zeigt der Verfasser ebensolchen Verständnis für die Praxis des Theaters wie seine langjährige Urteilskraft in der Bewertung der literarischen Gesichtspunkte. Jede Aufführung ist ja eine Entschleunigung oder, wenn man so will, ein Kompromiß zwischen Forderungen des Theaters und Forderungen des Dichters. Endemann geht diesem Ansatz in bestimmten einzelnen Punkten mit Gründlichkeit nach. Er spricht ausführlich über die Möglichkeiten des Tempus im Schauspiel. Er weist dem Epilogieren die gebührenden Grenzen an. Von psychologischen Orientierungen aus geht er sich mit den Verhältnissen der Illusion und ihren praktischen Folgerungen auseinander. Subjektivität und Objektivität der schauspielerischen Darstellung werden untersucht, die Leistungen der historischen Beziehungen mit Bedingnis für den Regisseur anerkannt. Das Publikum möchte Endemann eher als „reinen Loren“, denn vornehmlich durch Beurteilung literarischer Kommissararbeiten. Man wird Endemanns Buch mit vielen Zustimmungen lesen.

im weissen...
unter b...
cinatti...
Tramp...
wurde.
w...
vorüber...
kurzen...
Draht...
gewehr...
auf dem...
schmalen...
Jah...
In...
Der...
gericht...
nach der...
durchaus...
nordber...
abwelen...
Wer i...
traf in...
lain ein...
50 Sen...
geschick...
der Unt...
die Kom...
gegen M...
Neind...
über der...
Herrn...
bemüht...
punkte...
Charakt...
die eine...
gegen d...
Diese A...
Hingeb...
würden.
Frau...
16. mach...
bedeuten...
heftige T...
und am...
Hüter...
gehen; u...
Feinde...
Einle...
angriffe...
Truppen...
des Mar...
domerie...
jöhle...
genießen...
Deutsch...
denen...
Angriff...
Dumay...
Jesse...
Willy...
seine...
Verfü...
selben...
flamen...
stürzte...
verwick...
Cag...
erfolgre...
30 Man...
* V...
heit...
Häber...
Baumw...
thai Dre...
Baptist...
hok Pap...
Topp...
* T...
Refug...
Mark...
* K...
Ergän...
Dividen...
von 7...
r...
zweck...
nur 200...
Die...
1000 M...
Zusamm...
Betrie...
Eisen...
Verwal...
Obligat...
Abschre...
Reing...
Dividen...
Bau-u...
Die...
anw...
innen...
grün...
steig...
aus...
der...
nicht...
werden...
Der...
frucht...
ein...
auch...
Aus...
Die...
Materi...
papier...
4,01...

Amfliche Bekanntmachungen
Verfugung.

Im Interesse der offentlichen Sicherheit wird nachstehende Genehmigung des H.H. Generalkommandos...

Stellv. Generalkommandos XII. u. XIX. A.-K. Die kommandierenden Generale...

Personenzugfahrplan.

Vom Donnerstag, den 18. Juli ab, fahrt der Schnellzug D 307 Frankfurt (Main) - Halle...

Table with 2 columns: Station, Distance. Includes entries for Leipzig, Halle, and other stations.

Butterverteilung.

I. Verbrauchslas. Es werden zugewiesen: 1. auf die Marke X I der Bundeswehr...

Verbreitung.

Verbreitung: Abgabe der Marken unter I. 1. und 2. beim Butterhändler bis Sonntag, den 20. Juli.

Verbreitung.

Verbreitung: Abgabe der Marken unter I. 1. und 2. beim Butterhändler bis Sonntag, den 20. Juli.

Verbreitung.

Im ubrigen findet die Bekanntmachung uber die Butterverteilung vom 20. Februar 1918 Anwendung.

Der Handlerzuschlag.

Der von den Händlern den Verbrauchern der Abgabe von Futtermitteln in Rechnung gestellt werden darf...

Verkaucher den Sold in der ersten Woche, für welche die Soldatengebühr 20 % für jeden Sold beträgt...

Gefunden.

Gefunden wurden in der Zeit vom 1. bis mit 15. Juli 1918 folgende Gegenstände:

Der Rat der Stadt Leipzig.

Der Rat der Stadt Leipzig. Sitzungsausschuss. Dr. Weber.

Beschluss der Geschäftsverteilung. 1. Kommandantur sind ausgetreten. Der Hauptmann Franz Wiegand...

Fleischverteilung.

Fleischverteilung der Stadt Leipzig. Heute - Donnerstag - den 18. Juli 1918.

Stadtsparkasse Zwenkau.

Stadtsparkasse Zwenkau. Täglich Verzinsung nach 3 1/2 %.

Sächsische Nachrichten.

Chemnitz, 17. Juli. Bei der hiesigen Sparkasse wurden im Juni 26 353 M. eingezahlt und 3316 M. zurückgezahlt.

Thüringen und Provinz Sachsen.

Thüringen, 17. Juli. Einen Schweinejahnverschnitt. Die Tochter des Arbeiters Schneider...

Aus dem Geschäftsverkehr.

Aus dem Geschäftsverkehr. J. D. am Morgen ist als Jahr-Doll in Tobleron...

Familien-Nachrichten.

Familien-Nachrichten. Heute erhielten wir die schmerzliche Nachricht...

Familien-Nachrichten

Advertisement for Herr August Praesent, announcing the death of his father and funeral arrangements.

Advertisement for Paul Schorler, announcing the death of his father and funeral arrangements.

Advertisement for Robert Hellmann, a fire insurance company.

Advertisement for Dr. med. C. Siegfried, an ophthalmologist.

Advertisement for the Verband reisender Kaufleute Deutschlands, mentioning Herr Hermann Buschmann.

Advertisement for fallen soldiers, listing names like Franz Müller and Willy Schachtel.

Advertisement for Herr Max Junge, announcing the death of his father and funeral arrangements.

Large advertisement for Gustav Steckner, a clothing and fabric merchant.

